



Marktgemeinde Bernstein

7434 Bernstein, Hauptstraße 68
Bezirk Oberwart, Burgenland
Tel.: 0 33 54 / 65 02, Fax: 03354/6502-4
E-Mail: post@bernstein.bgld.gv.at
UID: ATU16248004, www.bernstein.gv.at

Niederschrift,

aufgenommen am Freitag, den 8. Mai 2020, im Sitzungssaal des Gemeindezentrums
Bernstein bei der Sitzung des **Gemeinderates**

Beginn: 18,00 Uhr
Schriftführer: Amtsleiter OAR Marth Uwe

Anwesend:

Von der SPÖ-Fraktion:

Bürgermeisterin Habetler Renate, Schaffer Silvia, Vizebürgermeister Böhm Wilhelm, Baldauf Thomas, Zumpf Christian, Stampf Christian, Böhm Alexander, Mag. Fleck Ernst, Ing. Renner Konrad, Strohkendl Silvia, Katona Petra, Ing. Kappel Andreas, Marth Joachim, Manfred Kainz (Ersatzgemeinderat)

Von der ÖVP-Fraktion:

Fürst Adolf, Potsch Niko, Derkits Gerald, Pühr Adolf, Brenner Walter, Roth Elisabeth

Von der FPÖ-Fraktion:

Kager Karl Josef, Ing. Pertl Jasmin

Freier Mandatar:

DI Adelman Herbert

Nicht anwesend:

Jobst Gerald (SPÖ-Fraktion), entschuldigt

Die Bürgermeisterin begrüßt die erschienenen Gemeinderatsmitglieder sowie die Zuhörer, prüft die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung, stellt die gesetzmäßige Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Die Bürgermeisterin gibt weiters bekannt, dass die für 13. März 2020 einberufene Gemeinderatssitzung nach Rücksprache und Zustimmung aller Fraktionen aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht abgehalten wurde.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind Sitzungen der Kollegialorgane der Gemeinden (GR und GV) in Räumlichkeiten mit ausreichend Platz abzuhalten. Der Sitzungssaal im Gemeindezentrum Bernstein wurde so vorbereitet, dass alle Schutzmaßnahmen eingehalten werden können. Direkter Körperkontakt (Händeschütteln) ist unbedingt zu vermeiden. Die Mitglieder des Gemeinderates werden von der Bürgermeisterin angehalten in der Sitzung Nase-Mund-Schutzmasken zu tragen. Eine Verpflichtung diese Schutzmasken zu tragen besteht nicht.

Um die Dauer der Sitzung möglichst kurz zu halten, ersucht die Bürgermeisterin, dass die einzelnen Tagesordnungspunkte zügig abgehandelt werden.

Gegen die Niederschriften von der Sitzung am 30. Dezember 2019 gibt es keine Einwände.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die Genehmigung der Niederschriften von der Sitzung am 30. Dezember 2019, welche von den Protokollbeglaubigern unterfertigt werden.

Aufnahme von zusätzlichen Punkten auf die Tagesordnung:

GR Schaffer Silvia von der SPÖ-Fraktion stellt den Antrag, dass der Punkt „Kosten für die Ferienbetreuung, Tarifierpassung“ auf die Tagesordnung aufgenommen werden soll.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die Aufnahme des zusätzlichen Tagesordnungspunktes „Kosten für die Ferienbetreuung, Tarifierpassung“, welcher an die 15. Stelle der Tagesordnung gesetzt wird.

GR Derkits Gerald von der ÖVP-Fraktion stellt den Antrag, eine weitere Resolution „Unterstützung der Gemeinden im Zusammenhang mit der Corona-Krise“, welche an den Herrn LH Mag. Hans-Peter Doskozil gerichtet ist, zu beschließen.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die Aufnahme dieses weiteren zusätzlichen Tagesordnungspunktes. Dieser Punkt wird an die 5. Stelle der Tagesordnung gesetzt.

Die Bürgermeisterin geht nunmehr zur Tagesordnung über.

Tagesordnung:

1. Angelobung der neubestellten Gemeinderatsmitglieder der SPÖ-Fraktion
2. Wahl von 2 Gemeindevorstandsmitgliedern der SPÖ-Fraktion
3. Personelle Änderungen in den Ausschüssen
4. COVID-19-Pandemie; Petition an die Bundesregierung über eine finanzielle Unterstützung der Gemeinden sowie allgemeine Informationen
5. Resolution an den Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil betreffend: Unterstützung der Gemeinden im Zusammenhang mit der Corona-Krise
6. Bericht über die Sitzung des Prüfungsausschusses vom 05.03.2020
7. Rechnungsabschluss 2019; Beschlussfassung
8. WVA BA 19 – Sanierung der Druckleitung im OT Rettenbach (Schmelz); Vergabe der Arbeiten
9. Abschluss eines Dienstbarkeitsvertrages mit der Energie Burgenland AG, betreffend die Verlegung eines 20-kV-Erdkabels, auf den Grundstücken Nr. 1408, 1545, 1661, 2018, 2070, 2247, 2274/1 in der KG 34009 Bernstein
10. Verlängerung des Mietvertrages über die Vermietung der Gemeindewohnung in Stuben, Stubenerstraße 32/3; Beschlussfassung
11. Auflassung des Fahrverbotes bei der Berggasse; Beschlussfassung
12. Verordnung über die Erklärung zu Bauland, Grundstück Nr. 1548/7 KG Bernstein sowie Aufhebung der Verordnung vom 20.09.2019, Zahl: 84/2019; Beschlussfassung
13. Einführung von Straßenbezeichnungen in Dreihütten, Redlschlag und Rettenbach; Änderung des Zustellortes laut Adressregisterverordnung 2016, Z7; Beschlussfassung
14. Ankauf der Grundstücke Nr. 2577/2 und 2578 KG 34079 Stuben; Grundsatzbeschluss
15. Kosten für die Ferienbetreuung, Tarifanpassung
16. Aufnahme einer pädagogischen Fachkraft im Kindergarten Bernstein; **nicht öffentlicher TOP**
17. Aufnahme einer unbefristeten Kanzleikraft im Gemeindeamt Bernstein; **nicht öffentlicher TOP**
18. Berufung gegen die 4. Vorschreibung der Kanalbenützungsgebühr im Ortsteil Rettenbach; **nicht öffentlicher TOP**
19. Allfälliges

Zu TOP 1:

Bürgermeisterin:

Mit Schreiben vom 5. März 2020 haben Herr Gerhard Böhm (Gemeindevorstand und OV Rettenbach) und Herr Alexander Laschober (Gemeindevorstand und OV Stuben) den Rücktritt von allen politischen Ämtern per 30. April 2020 eingebracht. Zudem haben beide auch die Streichung gemäß § 91 Abs. 4 der Gemeindevahlordnung aus der Liste der Ersatzmitglieder beantragt.

Frau Julia Zumpf (Ersatzgemeinderätin der SPÖ) hat mit Schreiben vom 24. April 2020 ihren Rücktritt per 30. April 2020 bekannt gegeben.

Die Bezirkswahlbehörde wurde darüber in Kenntnis gesetzt. Der Bezirkswahlleiter hat mit Schreiben vom 4. Mai 2020, Frau Silvia Strohkendl, Rettenbach 89 und Herrn Ing. Konrad Renner, Stuben, Am Anger 7, als neue Mitglieder gemäß § 91 Abs. 2 Bgld. GemWO, in den Gemeinderat bestellt.

Weiters wurde mit Schreiben vom 4. Mai 2020, Herr Manfred Kainz, Dreihütten 5, als Ersatzmitglied der SPÖ-Fraktion gemäß § 91 Abs. 2 Bgld. GemWO, in den Gemeinderat bestellt.

Die Bürgermeisterin nimmt die Angelobung der bestellten Gemeinderatsmitglieder Silvia Strohkendl und Ing. Konrad Renner sowie des Ersatzgemeinderatsmitgliedes Manfred Kainz gemäß § 18 der Bgld. Gemeindeordnung mit folgender Gelöbnisformel vor:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie die Gesetze der Republik Österreich und des Landes Burgenland gewissenhaft zu beachten, meine Aufgabe unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Frau Silvia Strohkendl legt dieses Gelöbnis durch die Worte

„Ich gelobe!“

ab.

Herr Ing. Konrad Renner legt dieses Gelöbnis durch die Worte

„Ich gelobe!“

ab.

Herr Manfred Kainz legt dieses Gelöbnis durch die Worte

„Ich gelobe!“

ab.

Zu TOP 2:

Bürgermeisterin:

Die aufgrund der Rücktritte von Gerhard Böhm und Alexander Laschober nun freigewordenen Gemeindevorstandsstellen der SPÖ sind daher neu zu besetzen. Dies hat gemäß der Gemeindevahlordnung mittels Stimmzettel durch die Mitglieder der SPÖ-Fraktion zu erfolgen.

Als Vertrauenspersonen bestellt die Bürgermeisterin Herrn GR Gerald Derkits und GR Karl Kager.

Die Stimmzettel wurden vorbereitet.

Abstimmung der SPÖ-Fraktion über die Nachbesetzung der freigewordenen Vorstandsstelle von Gerhard Böhm:

Es werden 14 Stimmzettel ausgegeben und 14 Stimmzettel ausgewertet. Folgendes Wahlergebnis wird festgestellt:

13 gültige Stimmen für Christian Zumpf
1 gültige Stimme für Christian Stampf

Auf Grund dieses Wahlergebnisses ist Herr **Christian Zumpf** zum Mitglied des Gemeindevorstandes gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Abstimmung der SPÖ-Fraktion über die Nachbesetzung der freigewordenen Vorstandsstelle von Alexander Laschober:

Es werden 14 Stimmzettel ausgegeben und 14 Stimmzettel ausgewertet. Folgendes Wahlergebnis wird festgestellt:

14 gültige Stimmen für Thomas Baldauf

Auf Grund dieses Wahlergebnisses ist Herr **Thomas Baldauf** zum Mitglied des Gemeindevorstandes gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Bürgermeisterin:

Gemäß § 32 der Bgld. GemO habe ich Herrn Christian Zumpf mit Wirksamkeit 1. Mai 2020 zum Ortsvorsteher von Rettenbach sowie Herrn Thomas Baldauf zum Ortsvorsteher von Stuben bestellt. Die Kundmachungen wurden an der Amtstafel angeschlagen und auch sonst ortsüblich kundgemacht.

Zu TOP 3:

Bürgermeisterin:

Ich darf nun alle notwendigen Änderungen in den Ausschüssen der SPÖ-Fraktion wie folgt bekannt geben:

Prüfungsausschuss:

Silvia Strohkendl und Ing. Konrad Renner anstelle von Christian Zumpf und Thomas Baldauf.

Bauausschuss:

Thomas Baldauf anstelle von Alexander Laschober

Berufungsausschuss:

Wilhelm Böhm und Christian Zumpf anstelle von Gerhard Böhm und Alexander Laschober

Fremdenverkehrsausschuss:

Alexander Böhm anstelle von Alexander Laschober

Agrarausschuss:

Silvia Strohkendl anstelle von Gerhard Böhm

Protokollbeglaubiger:

Gerald Jobst anstelle von Alexander Laschober

Ortsausschuss Rettenbach:

Hans-Peter Lautner anstelle von Silvia Strohkendl

Ortsausschuss Stuben:

Christian Böhm anstelle von Ing. Konrad Renner

GR Ing. Pertl Jasmin:

Aufgrund der Tatsache, dass GR DI Adelman Herbert nicht mehr der FPÖ-Fraktion angehört, darf ich folgende Änderungen bekannt geben:

Prüfungsausschuss:

Ing. Pertl Jasmin anstelle von DI Adelman Herbert

Protokollbeglaubiger:

Ing. Pertl Jasmin anstelle von DI Adelman Herbert

Ortsausschuss Dreihütten:

Herr Reinhard Polster wird ab sofort dem Ortsausschuss nicht mehr angehören. Eine Nachbesetzung kann heute noch nicht bekannt gegeben werden. Sobald eine Person nachbesetzt werden kann, wird der Gemeinderat darüber informiert.

Ab sofort bin ich Sprecherin der FPÖ-Fraktion.

Bürgermeisterin:

Liebe Jasmin, ich darf dir nicht nur persönlich, sondern auch im Namen der Marktgemeinde Bernstein, nachträglich zu eurer Hochzeit recht herzlich gratulieren.

Ich stelle somit fest, dass die FPÖ-Fraktion ab sofort mit Frau Ing. Jasmin Pertl, Karl Kager und Ersatzgemeinderat Markus Pratscher vertreten ist. GR DI Herbert Adelman wird somit als sogenannter „freier Mandatar“ im Gemeinderat vertreten sein. Aufgrund der Gemeinderatswahl 2017 ist die Fraktion DAÖ nicht vertreten.

GR DI Adelman Herbert:

Ich werde nun als unabhängiger Gemeinderat arbeiten. Ich bin Landessprecher der DAÖ und werde sicher die Interessen diese Bewegung hier im Gemeinderat vertreten. Meine politische Einstellung brauche ich eigentlich nicht zu verändern. Leider haben sich meine Fraktionskollegen stark verändert. Auf dieses lächerliche und peinliche Schreiben der FPÖ wird es sicher von meiner Seite eine Reaktion geben.

GR Ing. Pertl Jasmin:

Dieses Thema hat hier im Gemeinderat überhaupt nichts verloren.

Bürgermeisterin:

Ich stelle fest, dass aufgrund der Gemeindewahlordnung und aufgrund des Ergebnisses der Gemeinderatswahl 2017 die Fraktionen von SPÖ, ÖVP und FPÖ im Gemeinderat vertreten sind.

Zu TOP 4:

Bürgermeisterin:

Die Corona-Krise stellt nunmehr auch die Gemeinden vor noch nicht abschätzbare finanzielle Herausforderungen. Laut Prognose für Mai werden sich die Ertragsanteile um 12,3 % verringern. Auch die Kommunalsteuereinnahmen werden sinken. Daher wird es wichtig sein, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten sparsam und wirtschaftlich mit den Finanzen umgehen. Auch vom Land wurde empfohlen, dass momentan die Auszahlung von Vereinsförderungen nicht erfolgen soll. Dies könnte zu finanziellen Einbußen der Vereine bei Förderungen des Bundes führen. Wir werden daher auch solche Vorhaben, welche nicht oberste Priorität haben (z.B.: Wanderstartplatz, Ankauf 2. Kommunaltraktor), vorerst nicht umsetzen.

Der GVV Burgenland hat diesbezüglich eine Resolution ausgearbeitet, welche heute beschlossen und dem Bundeskanzler sowie dem Finanzminister vorgelegt werden soll. Ich werde nun diese Resolution verlesen:

Resolution:

„Rettung der Gemeindeleistungen und kommunales Investitionspaket für Arbeit & Wirtschaft“

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die Gemeinden und Städte sind in systemrelevanten Bereichen jene Träger, ohne die viele Dienste für die Menschen vor Ort nicht umgesetzt werden könnten. Schon in „Normalzeiten“ stellen diese viele Kommunen vor finanziellen Herausforderungen. Dazu zählen die Bereiche:

- Kinderbetreuung
- Schulerhaltung
- Rettung- und Feuerwehrewesen
- Abwasser- und Wasserversorgung
- Amts- und Bürgerservice
- Kofinanzierung Pflege
- Kofinanzierung Gesundheitsversorgung
- uvm.

Diese Leistungen sind vor allem mit gleichbleibenden Personalkosten auch in der Corona-Krise betrieben worden. Hätten diese Bereiche nicht geordnet weiterfunktioniert, wäre die aktuelle Krise mit den damit verbundenen Einschränkungen nicht so reibungslos abgelaufen. Bei nicht entsprechender Abgeltung sind diese Dienstleistungen aber in Gefahr.

Die Kommunen sind zudem wichtige Auftraggeber für kleine und mittlere regionale Betriebe. Diese Investitionen sichern Arbeitsplätze.

Durch die Corona-Krise brechen die Ertragsanteile massiv ein (laut Vorschau für Burgenland im Mai minus 12,3 %). Die Gemeindehaushalte 2020 wurden aber auf der Ertragsanteilsprognose mit einem Jahreszuwachs von rund 4,5 % erstellt. Zudem ist ein starker Rückgang bei den Kommunalsteuereingängen zu verzeichnen. Dieser ist durch die steigende Arbeitslosigkeit und die hohe Zahl an ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit zu begründen. Viele Gemeinden sind der Empfehlung der Bundesregierung gefolgt und haben ihren gefährdeten ansässigen Betrieben verbleibende Abgaben gestundet. Ein Abgabenerlass ist selbstverständlich nicht möglich und auch nicht verkräftbar.

Spätestens ab Juli erreichen viele Städte und Gemeinden die Liquiditätsgrenze, sodass sie auf Fremdfinanzierung zur Deckung der laufenden Kosten zurückgreifen müssen. Im Gegensatz zum Bund und zu den Ländern haben die Kommunen nicht die Möglichkeit, sich die in den kommenden Monaten notwendige Liquidität so reibungslos und vor allem zinsgünstig auf dem Kapitalmarkt zu holen.

Deshalb fordert der Gemeinderat der **Marktgemeinde Bernstein** Sie, Herr Bundesminister, auf, die Gemeinden und Städte mit folgenden Maßnahmen finanziell zu unterstützen:

Punkt 1 – Kommunaler Rettungsschirm

In den kommenden Monaten ist bei den Gemeinden und Städten mit enormen Rückgängen in den Bereichen Ertragsanteile und Kommunalsteuer zu rechnen. Diese bringen viele Kommunen in die Situation, schon ihre laufenden Kosten teilweise mit Fremdfinanzierung decken zu müssen. Um die drohende Zahlungsunfähigkeit der Gemeinden und Städte zu verhindern, ist der Bund als oberste Finanzbehörde der Republik Österreich gefordert, Maßnahmen zu setzen, um die kommunale Liquidität zu erhalten. Es geht hier vor allem um die Finanzierung für Personal, laufende Projekte und bereits vergebene Aufträge. Die Maßnahmen sollen die Ausfälle von Ertragsanteilen und Kommunalsteuer abdecken.

Punkt 2 – Kommunales Investitionspaket

Die Gemeinden und Städte Österreichs tätigen 30 % der öffentlichen Investitionen. Vom Finanzausgleich bekommen sie nur 17 % zurück. Ihre Investitionen sind ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Im Burgenland müssen die Kommunen die von ihnen bisher jährlich aufgebracht € 100 Mio. gerade auch in der Corona-Zeit antizyklisch investieren können. Diese kommunalen Investitionen haben sich schon bisher als funktionierender Konjunkturmotor bewährt, der wieder rasch durchstarten kann, weil Kommunalprojekte schnell auszulösen sind und vor allem der regionalen Wirtschaft zu Gute kommen. Wegen der mehrfach erwähnten Einnahmerückgänge braucht es aber dafür ein kommunales Investitionspaket. Dieses soll aus einem Solidaritätsbeitrag von Vermögenden („Millionären“) gespeist werden.

Abschließend ersuchen wir Sie, Herr Bundesminister, die geforderten Punkte zu unterstützen und in weiterer Folge durch die nötigen Beschlüsse umzusetzen.

GR Derkits Gerald:

Im Namen der ÖVP-Fraktion stelle ich einen Abänderungsantrag, damit eine gemeinsam formulierte Resolution sowohl an den Bund, als auch an den Landeshauptmann ergehen soll. Vom Inhalt her sind wir nicht so weit entfernt.

Bürgermeisterin:

Bei diesem TOP geht es um die Resolutionen des GVV an den Bundeskanzler und an den Finanzminister. Beim nächsten TOP geht es dann um die Resolution der ÖVP an den Herrn Landeshauptmann. Ich werde zuerst deinen Abänderungsantrag zur Abstimmung bringen und dann die vorliegende Resolution, adressiert an den Finanzminister und den Bundeskanzler.

GR Derkits Gerald:

Grundsätzlich sind wir mit der Formulierung dieser Resolution einverstanden. Die Forderung einer Reichen- bzw. Millionärssteuer passt uns aber nicht, weil es hier keine genaue Definition gibt, wer ein Vermögender und wer ein Millionär ist. Zudem soll auch auf die Zuständigkeit des Landes hingewiesen werden. Erster Ansprechpartner der Gemeinden ist das Land.

Bürgermeisterin:

Der Bund ist für die Ertragsanteile über den Finanzausgleich zuständig. Das Land gibt nur diese dann an die Gemeinden weiter.

GR Kainz Manfred:

Es geht hier um einen Solidaritätsbeitrag und nicht um eine Steuer. Es bezahlt auch jeder Beamte einen Solidaritätsbeitrag in Form des Arbeitslosenbeitrages.

GR Potsch Niko:

Wenn man nun beispielsweise einen Hotelier hernimmt. Dieser hat über Jahre seinen Betrieb aufgebaut und dadurch ein Vermögen geschaffen. Ich finde es daher ungerecht, wenn dieses Vermögen dann dafür als Grundlage herangezogen werden sollte.

GR Baldauf Thomas:

Es geht hier nicht in erster Linie um Familienbetriebe, sondern um wirklich große Unternehmen, wie beispielsweise amazon.

Bürgermeisterin:

Hier geht es um einen Solidaritätsbeitrag von Vermögenden.

GR DI Adelman Herbert:

Ich möchte zum Antrag von Herrn Derkits noch kurz Stellung nehmen. Mich verwundert dieser Antrag der ÖVP sehr, vor allem deshalb, weil der Bundeskanzler Kurz von der ÖVP zusammen mit der derzeitigen Bundesregierung dafür verantwortlich ist, dass hunderttausende Menschen vor dem Ruin stehen. Der Staat ist hier seiner Verpflichtung einfach nicht nachgekommen, weil die Bundesregierung das Epidemie-Gesetz 1950 abgeschafft hat. Dadurch haben Klein- und Mittelbetriebe keinen Ausfallschutz durch den Staat erhalten. Diese Gesetzesänderung müsste aufgehoben werden und zudem ein Solidaritätsbeitrag für Arbeitnehmer eingeführt werden. Derzeit gibt es nämlich fast 1,5 Mio. Arbeitslose. Vielleicht kannst du das dem Herrn Bundeskanzler ausrichten.

Bürgermeisterin:

Ich ersuche hiermit Herrn GR Derkits den Abänderungsantrag zu formulieren.

GR Derkits Gerald:

Ich stelle den Antrag, dass die Resolutionen der ÖVP-Fraktion und der SPÖ-Fraktion so abgeändert werden, dass dadurch eine gemeinsame, im Sinne beider Fraktionen, formulierte Resolution sowohl an den Bund als auch an das Land ergehen soll.

Abstimmung:

Für den Abänderungsantrag stimmten:

Fürst Adolf, Potsch Niko, Derkits Gerald, Puhr Adolf, Brenner Walter, Roth Elisabeth

Gegen den Abänderungsantrag stimmten:

Bürgermeisterin Habetler Renate, Schaffer Silvia, Vizebürgermeister Böhm Wilhelm, Baldauf Thomas, Zumpf Christian, Stampf Christian, Böhm Alexander, Mag. Fleck Ernst, Ing. Renner Konrad, Strohkendl Silvia, Katona Petra, Ing. Kappel Andreas, Marth Joachim, Manfred Kainz, Ing. Pertl Jasmin, Kager Karl und DI Adelmann Herbert

Somit ist der Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion abgelehnt.

Über Antrag der Bürgermeisterin stimmt der Gemeinderat über die vorliegende Resolution „Rettung der Gemeindeleistungen und kommunales Investitionspaket für Arbeit & Wirtschaft“, welche an den Bundeskanzler und an den Finanzminister gerichtet ist, wie folgt ab:

Für den Antrag stimmten:

Bürgermeisterin Habetler Renate, Schaffer Silvia, Vizebürgermeister Böhm Wilhelm, Baldauf Thomas, Zumpf Christian, Stampf Christian, Böhm Alexander, Mag. Fleck Ernst, Ing. Renner Konrad, Strohkendl Silvia, Katona Petra, Ing. Kappel Andreas, Marth Joachim, Manfred Kainz, Ing. Pertl Jasmin, Kager Karl und DI Adelmann Herbert

Gegen den Antrag stimmten:

Fürst Adolf, Potsch Niko, Derkits Gerald, Pühr Adolf, Brenner Walter, Roth Elisabeth

Zu TOP 5:

Bürgermeisterin:

Dieser Punkt wurde von der ÖVP-Fraktion beantragt. Es geht um eine weitere Resolution, welche an den Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil gerichtet ist. Ich darf nun das Wort an Herrn GR Derkits übergeben.

GR Derkits Gerald:

Ich werde nun die Resolution verlesen:

**Resolution der Gemeinde Bernstein betreffend:
Unterstützung der Gemeinden im Zusammenhang mit der Corona-Krise**

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Die burgenländischen Gemeinden sind nicht nur in Krisenzeiten, sondern das ganze Jahr über die erste Anlaufstelle für die Bevölkerung und der Garant für die Bereitstellung besonderer Infrastruktur sowie der größte regionale Auftrag- und Arbeitgeber. Damit die burgenländischen Gemeinden auch in Zukunft diese Aufgaben bewältigen können, werden finanzielle Unterstützungen notwendig sein. Denn es ist bereits absehbar, dass die wirtschaftlichen Einschränkungen aufgrund der Corona-Krise zu massiven Einnahmen-Rückgängen für die Gemeinden führen, während die Ausgaben und die Transferzahlungen an das Land steigen werden. Die schon beschlossenen Budgets für 2020 werden hinsichtlich der geplanten Einnahmen mit Sicherheit nicht halten. Durch den Rückgang von Ertragsanteilen, Einbußen

bei Kommunalsteuern und Kosten für Hilfsangebote haben Gemeinden bereits jetzt schon mit Finanzlöchern zu kämpfen. Der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit lässt bei der Kommunalsteuer einen massiven Ausfall erwarten und trifft die Gemeinden besonders hart.

Da die Gemeinden das soziale und wirtschaftliche Rückgrat des Landes sind und durch ihre Investitionen für eine Aufrechterhaltung der regionalen Wirtschaft sorgen, hat das Land Burgenland entsprechende Anpassungen bei den finanziellen Zuwendungen sowie bei den Abzügen auf Grund bestimmter Landesgesetze vorzunehmen. Nur so kann die notwendige wirtschaftliche Kraft der Gemeinden gesichert werden und damit die Ankurbelung der regionalen Wirtschaft sowie die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen garantiert werden. Dazu ist es unter anderem notwendig, ein finanzielles Gemeindepaket wie in anderen Bundesländern (z.B. Tirol) zu schnüren, mit dem die Gemeinden bei der Bewältigung ihrer Aufgaben unterstützt werden. Auch neue finanzielle Belastungen der Gemeinden durch das Land Burgenland sind zu unterlassen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Bernstein fordert daher die Burgenländische Landesregierung auf, die Gemeinden mit einem finanziellen Gemeindepaket zu unterstützen, damit das Funktionieren der Gemeinden im Sinne der Burgenländerinnen und Burgenländer auch weiterhin gewährleistet ist. Gleichzeitig sind mit dem Bund Ausgleichszahlungen für die Gemeinden zu verhandeln.

Bürgermeisterin:

Mit der Formulierung dieser Resolution bin ich nicht einverstanden. Die SPÖ-Fraktion sollte einen Abänderungsantrag stellen und eine gemeinsame Resolution beschließen.

Amtsleiter:

So wird das aber nicht gehen. Denn dann müsstest du die Sitzung unterbrechen, eine neue Resolution verfassen und dann darüber abstimmen lassen. Wir können nicht über etwas abstimmen, dass erst im Nachhinein verfasst wird.

GR Baldauf Thomas:

Wenn der Herr Landeshauptmann diese Resolution vorgelegt bekommen würde, dann würde er diese sofort an den Finanzminister weiterleiten. Es bricht die Umsatzsteuer ein und es bricht die Lohnsteuer ein. Das sind alles Steuern, die der Bund einhebt und nicht das Land. Bei den Ertragsanteilen werden die Gemeinden den größten Einbruch haben.

GR Derkits Gerald:

Das bedeutet, dass unsere Resolution in dieser Form abgelehnt wird.

Bürgermeisterin:

Ja, davon gehe ich aus.

Amtsleiter:

Ich habe in dieser Woche ein Interview von Herrn Leo Radakovits, Präsident des Bgld. Gemeindebundes, im Internet gelesen, in welchem er die ungerechte Verteilung der Bedarfszuweisungen kritisiert. Diese Resolution bezieht sich daher hauptsächlich auf die Bedarfszuweisungen.

Bürgermeisterin:

Soll über die vorliegende Resolution der ÖVP-Fraktion nun abgestimmt werden, oder wird der Antrag zurückgezogen?

GR Derkits Gerald:

Ich ersuche um Abstimmung.

Über Antrag der Bürgermeisterin stimmt der Gemeinderat über die vorliegende Resolution der ÖVP-Fraktion „Unterstützung der Gemeinden im Zusammenhang mit der Corona-Krise“, welche an den Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil gerichtet ist, wie folgt ab:

Für den Antrag stimmten:

Fürst Adolf, Potsch Niko, Derkits Gerald, Puhr Adolf, Brenner Walter, Roth Elisabeth

Gegen den Antrag stimmten:

Bürgermeisterin Habetler Renate, Schaffer Silvia, Vizebürgermeister Böhm Wilhelm, Baldauf Thomas, Zumpf Christian, Stampf Christian, Böhm Alexander, Mag. Fleck Ernst, Ing. Renner Konrad, Strohkendl Silvia, Katona Petra, Ing. Kappel Andreas, Marth Joachim, Manfred Kainz, DI Adelman Herbert

Stimmenthaltung:

Ing. Pertl Jasmin, Kager Karl

Somit ist der Antrag der ÖVP-Fraktion abgelehnt.

Zu TOP 6:

Bürgermeisterin:

Die Bürgermeisterin erteilt dem Amtsleiter das Wort, der die Niederschrift von der Sitzung des Prüfungsausschusses verliest.

Amtsleiter:

Am 5. März 2020 hat eine Überprüfung der Kassengebarung durch den Prüfungsausschuss stattgefunden. Überprüft wurde der Monat Dezember 2019 anhand der Belege, des Zeitbuchs, der Hilfsbücher, der Haushaltsüberwachungsliste, der Abgaben-Rückstandsliste sowie der Ratenvereinbarungen samt Mahnungen und Rückstandslisten.

Mit 31. Dezember 2019 wurden folgende Endbestände festgestellt:

Kassa _____	EUR	878,42
Raiba Bernstein _____	EUR	383.803,32
PSK _____	EUR	4.258,09

Gegenverrechnung _____	EUR	0,00
Haushaltsrücklage Bernstein _____	EUR	228.975,09
Haushaltsrücklage Redlschlag _____	EUR	4.017,75
Haushaltsrücklage Stuben _____	EUR	4.894,23
Erste Bank Bernstein _____	EUR	24.140,86
Rücklage Kanal Redlschlag _____	EUR	22.153,84
Rücklage Kanal Rettenbach _____	EUR	25.093,77
Rücklage Kanal Bernstein _____	EUR	110.042,19
Rücklage WVA Bernstein _____	EUR	45.492,51
Rücklage FF Bernstein _____	EUR	18.604,04
Rücklage FF Dreihütten _____	EUR	9.501,43
Rücklage FF Redlschlag _____	EUR	16.902,67
Rücklage FF Rettenbach _____	EUR	18.903,05
Rücklage FF Stuben _____	EUR	13.451,90
Gesamtsumme _____	EUR	941.116,57

Der Obmann hat in der Sitzung auf die Außenstände hingewiesen und gefordert, dass alle Möglichkeiten der Einbringung ausgeschöpft werden sollen.

Dem habe ich entgegengebracht, dass seitens der Abgabebuchhaltung und dem Mahnwesen laufend und fristgerecht gemahnt wird, Rückstandsausweise ausgestellt und Exekutionen bei Gericht eingebracht werden.

Festgehalten wird in diesem Zusammenhang, dass sehr wohl einige Abgabenrückstände zwischenzeitlich uneinbringlich geworden sind.

GR Pühr Adolf, Obmann des Prüfungsausschusses:

Ich habe in der Sitzung deshalb darauf hingewiesen, weil mir bei den Überprüfungen immer wieder auffällt, dass es immer die gleichen Abgabenschuldner sind. Meiner Meinung nach sind diese Rückstände nicht mehr einzubringen. Darum soll sich der Gemeinderat damit befassen und eine Entscheidung treffen.

Amtsleiter:

Aufgrund der Rückstandsliste vom 4. März 2020 betrifft es eigentlich 3 Abgabenschuldner. Hier wird eine Exekution wenig Sinn machen, weil das Grundbuch bereits extrem belastet ist. Der Gesamtrückstand per 4. März 2020 beträgt EUR 34.642,67. Diese Summe hat sich in der Zwischenzeit jedoch verringert, weil die Mahnungen bereits einbezahlt wurden.

Bürgermeisterin:

Seitens der Gemeinde wird hier alles unternommen, um die Rückstände einzufordern. Auch in persönlichen Gesprächen.

Amtsleiter:

Von der Amtsleitung wird daher empfohlen, dass der Prüfungsausschuss in seiner nächsten Sitzung anhand der aktuellen Rückstandsliste über uneinbringliche Rückstände berät. Der Bericht soll in der nächsten GR-Sitzung vorgelegt werden, wo dann über eventuelle Abschreibungen entschieden werden soll.

Der Gemeinderat nimmt das Prüfungsergebnis zur Kenntnis.

Zu TOP 7:

Bürgermeisterin:

Eine Ausfertigung des Rechnungsabschlusses 2019 samt Aufteilung auf die Ortsteile ist jedem Gemeinderatsmitglied rechtzeitig mit der Einladung zugegangen.

Der Rechnungsabschluss 2019 war in der Zeit von 26. Feber 2020 bis 11. März 2020 im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Es wurden keine Erinnerungen eingebracht.

Der Entwurf des Rechnungsabschlusses 2019 wurde zudem in der Sitzung des Gemeindevorstandes am 27. Feber 2020 ausführlich besprochen. Unser Amtsleiter hat zu den einzelnen Überschreitungen Stellung bezogen und in diesem Zusammenhang auf die einseitige bzw. gegenseitige Deckungsfähigkeit gemäß der Bgld. Gemeinde-Haushaltsordnung (GHO) hingewiesen.

Gibt es zum Rechnungsabschluss noch Fragen?

Nachdem es keine Wortmeldungen gibt stellt die Bürgermeisterin den Antrag, den Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2019 laut Vorlage zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig den Rechnungsabschluss 2019 mit folgenden Summen:

Ordentlicher Haushalt:

Soll-Einnahmen	EUR	4.421.910,57
Soll-Ausgaben	<u>EUR</u>	<u>3.958.784,41</u>
Soll-Überschuss	EUR	463.126,16
		=====

Außerordentlicher Haushalt:

Soll-Einnahmen	EUR	204.390,00
Soll-Ausgaben	<u>EUR</u>	<u>204.390,00</u>
Soll-Überschuss	EUR	0,00
		=====

Kassenbestand:

Erste Bank Bernstein	EUR	24.140,86
Raiffeisenbank Bernstein	EUR	393.803,32
Kassa	EUR	878,42
PSK	EUR	4.258,09
Gegenverrechnung	EUR	0,00
Sparbuch Raika	EUR	0,00
Rücklage Kanal Bernstein	EUR	110.042,19
Rücklage Kanal Redlschlag	EUR	22.153,84
Rücklage Kanal Rettenbach	EUR	25.093,77

Haushaltsrücklage Bernstein	EUR	228.975,09
Haushaltsrücklage Redlschlag	EUR	4.017,75
Haushaltsrücklage Stuben	EUR	4.894,23
Rücklage WVA Bernstein	EUR	45.495,92
Rücklage FF Bernstein	EUR	18.604,04
Rücklage FF Dreihütten	EUR	9.501,43
Rücklage FF Redlschlag	EUR	16.902,67
Rücklage FF Rettenbach	EUR	18.903,05
Rücklage FF Stuben	<u>EUR</u>	<u>13.451,90</u>
Gesamtsumme	EUR	941.116,57
		=====

Kassenabschluss:

Einnahmen:

Anfänglicher Kassenbestand	EUR	1.011.619,19
Summe der ordentlichen Einnahmen	EUR	3.898.145,71
Summe der außerordentlichen Einnahmen	EUR	204.390,00
Summe der durchlaufenden Gebarung-Einnahmen	<u>EUR</u>	<u>857.113,94</u>
Gesamtsumme	EUR	5.971,268,84
		=====

Ausgaben:

Summe der ordentlichen Ausgaben	EUR	3.970.934,44
Summe der außerordentlichen Ausgaben	EUR	240.390,00
Summe der durchlaufenden Gebarung-Ausgaben	EUR	854.827,83
Schließlicher Kassenbestand	<u>EUR</u>	<u>941.116,57</u>
Gesamtsumme	EUR	5.971.268,84
		=====

Vermögensrechnung (Stand: 31.12.2019):

Summe Aktiva	EUR	19.114.579,65
Summe Passiva	<u>EUR</u>	<u>3.116.966,59</u>
Reinvermögen	EUR	15.997.613,06
		=====

Der Rechnungsabschluss mit allen Beilagen ist ein integrierter Bestandteil dieses Beschlusses.

Zu TOP 8:

Bürgermeisterin:

Die Erd- und Baumeisterarbeiten für die Sanierung der Pumpleitung in Rettenbach (Bereich Schmelz) wurden vom Büro DI Andreas Höhenberger ausgeschrieben. Die Angebotseröffnung fand am 21.02.2020, 11,00 im Gemeindeamt Bernstein statt. Folgendes Ergebnis liegt vor:

- Fa. SOB Massivbau GmbH EUR 208.747,14 exkl.
- Fa. Tripamer Bau EUR 230.835,41 exkl.
- Fa. Krutzler Bau EUR 239.075,26 exkl.

Aufgrund des Prüfberichtes ergeht somit der Vergabevorschlag an den Billigstbieter, die Fa. SOB Massivbau GmbH in Bernstein.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die Vergabe der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Sanierung der Pumpleitung in Rettenbach (Bereich Schmelz), für die WVA Bernstein, an den Billigstbieter, die Fa. SOB Massivbau GmbH.

Zu TOP 9:

Bürgermeisterin:

Die Energie Burgenland AG beabsichtigt im Bereich Wiesengasse sowie im Bereich von der Trafostation in der Haslerstraße, über die Oberhasel und Langau, bis zur Hottergrenze der KG Holzschlag ein 20-kV-Mittelspannungskabel zu verlegen. Folgende Grundstücke des öffentlichen Gutes sind davon betroffen: 1408, 1545, 1661, 2018, 2070, 2247, 2274/1. Der Dienstbarkeitsvertrag wurde erstellt und soll heute beschlossen und rechtsverbindlich unterfertigt werden.

In diesem Zusammenhang darf ich mitteilen, dass im Zuge dieser Grabarbeiten eine Leerverrohrung der Telekom von der Haslerstraße bis in die Langau, verlegt wird. Die Materialkosten übernimmt die Telekom. Die Kosten für die Verlegung betragen ca. EUR 10.000,00 brutto, welche die Gemeinde übernimmt. Mir ist nämlich wichtig, dass unsere Rotten in der Ober- und Unterhasel sowie die Langau mit einem schnellen Internet versorgt werden. Laut Auskunft der Telekom würde eine Versorgungsstation (ARU) in der Oberhasel errichtet werden, von der aus über das bestehende Kupferkabelnetz die Versorgung mittels Glasfaser erfolgen könnte.

Diesbezüglich werde ich noch Gespräche mit den Verantwortlichen der Telekom führen. Ich werde auch versuchen für die Gemeinde Förderungen aus dem Breitbandausbau zu lukrieren.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig den vorliegenden Dienstbarkeitsvertrag zwischen der Energie Burgenland AG und der Marktgemeinde Bernstein, betreffend die Verlegung eines 20-kV-Mittelspannungskabels auf den Grundstücken Nr. 1408, 1545, 1661, 2018, 2070, 2247, 2274/1 in der KG 34009 Bernstein. Der Dienstbarkeitsvertrag ist ein integrierter Bestandteil dieses Beschlusses.

Zu TOP 10:

Bürgermeisterin:

Der Mietvertrag zwischen der Marktgemeinde Bernstein und Herrn [REDACTED] betreffend die Gemeindewohnung, Stubenerstraße 32/3, soll bis 31. März 2024 verlängert werden. Die Fläche der Mansardenwohnung beträgt 35,53 m². Der monatliche Mietzins beträgt EUR 81,23 inkl. Die anteiligen Betriebskosten sowie sämtliche Nebenkosten sind gesondert zu entrichten.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig den vorliegenden Mietvertrag, abgeschlossen zwischen der Marktgemeinde Bernstein und Herrn [REDACTED]. Der Mietvertrag ist ein integrierter Bestandteil dieses Beschlusses.

Zu TOP 11:

Bürgermeisterin:

Im Ortsausschuss Bernstein wurde darüber ausführlich diskutiert. Die Einbahnregelung bei der Einfahrt in die Marktgasse hat sich bewährt und wesentlich zur Verkehrssicherheit beigetragen. Jetzt geht es um die Berggasse im Bereich vom Objekt Marktgasse 7 (Fam. Krug) bis zur Kreuzung mit der B50 (Objekt OSG, Berggasse 11). Hier soll das Fahrverbot aufgehoben werden und eine Einbahnregelung abwärts verordnet werden. Zuständig ist die BH Oberwart.

GR Derkits Gerald:

Wir haben hier aber schon einige Bedenken. Die Berggasse ist auf einem kurzen Stück sehr steil mit einem Kurvenverlauf. Im Winter kann es hier durchaus zu Problemen kommen. Für die im unteren Bereich wohnhaften Anrainer wird dadurch die Zufahrt über die Hauptstraße und in weiterer Folge über die Marktgasse ein viel weiterer sein als bisher. Die derzeitige Regelung hat sich meiner Meinung nach sehr bewährt. Ich sehe hier keine Notwendigkeit, eine Einbahnregelung zu verordnen.

Bürgermeisterin:

Es ist die Empfehlung des Ortsausschusses Bernstein.

Dadurch soll die Verkehrssicherheit verbessert werden. Momentan kann es aufgrund des Anrainerverkehrs durchaus zum Gegenverkehr kommen. Leider fahren auch andere Verkehrsteilnehmer über die Berggasse, obwohl es ein Fahrverbot gibt.

GR Ing. Pertl Jasmin:

Die Aussicht und das Einfahren in die B50 über die Berggasse wäre um einiges leichter und besser als es beispielsweise bei der Kreuzung Cafe Alt Wien/Firma Hatwagner ist. Also ich würde es befürworten.

GR Derkits Gerald:

Wurden die Anrainer in der Berggasse diesbezüglich gefragt?

Bürgermeisterin:

Ich habe mit [REDACTED] darüber gesprochen. Dass natürlich die im unteren Bereich wohnenden Anrainer darüber nicht begeistert sind, ist mir klar. Bei der Zufahrt in die Schulgasse haben wir eine ähnliche Situation. Durch die Einbahnregelung gibt es dort auch längere Anfahrtswege. Es geht mir um die Verkehrssicherheit. Wir werden diesen Beschluss an die BH Oberwart weiterleiten. Es wird dann ohnehin ein Verkehrssachverständiger beizuziehen sein. Ich werde daher jetzt über die Auflassung des derzeitigen Fahrverbotes abstimmen lassen.

Über den Antrag der Bürgermeisterin „Aufhebung des von der BH Oberwart bei der Berggasse verordneten Fahrverbots mit Ausnahme Anrainerverkehr“ stimmt der Gemeinderat wie folgt ab:

Für den Antrag stimmten:

Bürgermeisterin Habetler Renate, Schaffer Silvia, Vizebürgermeister Böhm Wilhelm, Baldauf Thomas, Zumpf Christian, Stampf Christian, Böhm Alexander, Mag. Fleck Ernst, Ing. Renner Konrad, Strohkendl Silvia, Katona Petra, Ing. Kappel Andreas, Marth Joachim, Manfred Kainz, Ing. Pertl Jasmin, Kager Karl, DI Adelman Herbert

Stimmenthaltung:

Fürst Adolf, Potsch Niko, Derkits Gerald, Pühr Adolf, Brenner Walter, Roth Elisabeth

Zu TOP 12:

Bürgermeisterin:

Die Verordnung vom 20.09.2019, Zahl: 84/2019, über die Erklärung zu Bauland einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 1548/7 in der KG 34009 Bernstein wurde irrtümlich auf Grundlage des am 31.07.2019 außer Kraft getretenen Raumplanungsgesetzes beschlossen. Nach Rücksprache mit der Abteilung 2, Referat Raumplanung, des Amtes der Bgld. Landesregierung ist diese Verordnung daher aufzuheben und neuerlich auf Grundlage der derzeit geltenden Rechtslage zu beschließen.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig folgende Verordnung:

Verordnung

des Gemeinderates der Marktgemeinde Bernstein vom 8. Mai 2020, Zahl 24/2020, mit der festgestellt wird, dass die Erschließung durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.

Auf Grund des § 45 Abs. 2 des Bgld. Raumplanungsgesetzes 2019, LGBl. Nr. 49/2019 i.d.g.F., wird verordnet:

§ 1

Die widmungsgemäße Verwendung die im Aufschließungsgebiet-gemischtes Baugebiet (AM) liegende Teilfläche des Grundstückes Nr. 1548/7 in der KG 34009 Bernstein ist zulässig, weil die Erschließung des Grundstückes durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.

§ 2

In der in § 1 bezeichneten Teilfläche des Grundstückes sind Baubewilligungen sowie Bewilligungen von sonstigen sich auf das Gemeindegebiet auswirkenden Maßnahmen auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften zulässig.

§ 3

Die Verordnung der Marktgemeinde Bernstein vom 20. September 2019, Zahl 84/2019, tritt außer Kraft.

§ 4

Diese Verordnung tritt mit Ablauf der Kundmachungsfrist in Kraft.

Zu TOP 13:

Bürgermeisterin:

Für die Umstellung der Straßenbezeichnungen in Dreihütten, Redlschlag und Rettenbach ist ein Beschluss gemäß der Adressregisterverordnung 2016, Z7, notwendig. Dies bedeutet, dass als Zustellort nicht mehr der Gemeindename „Bernstein“, sondern der jeweilige Ortsname verwendet wird.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass im Zuge der Umstellung der Straßenbezeichnungen in Dreihütten, Redlschlag und Rettenbach, gemäß der Adressregisterverordnung 2016, Z7, als Zustellort der jeweilige Ortsname verwendet werden soll.

Zu TOP 14:

Bürgermeisterin:

Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um das Sportplatzareal in Stuben. Ich darf Herrn GR Baldauf Thomas ersuchen uns darüber zu informieren.

GR Baldauf Thomas:

Diese beiden Grundstücke betreffen die Spielfläche des Sportplatzes in Stuben.

Letzte Woche haben wir mit der Grundeigentümerin gesprochen und man konnte sich auf einen Kaufpreis von EUR 25.000,00 einigen.

Bürgermeisterin:

Der Ortsausschuss Stuben hat sich übereinstimmend für den Kauf ausgesprochen.

GR Baldauf Thomas:

Die Finanzierung würde wie folgt aussehen:

EUR 10.000,00 durch eine Bedarfszuweisung des Landeshauptmannes

EUR 10.000,00 vom Ortsteil Stuben

EUR 5.000,00 vom SV Stuben

Bürgermeisterin:

Ich bin der Meinung, dass es für die Gemeinde ein Vorteil wäre, wenn diese Grundstücke in unser Eigentum übergehen würden. Denn aufgrund der sehr gut ausgebauten Infrastruktur ist es möglich, auch größere Veranstaltungen dort abzuhalten.

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass die Grundstücke Nr. 2577/2 (4549 m²) und 2578 (2414 m²) in der KG 34079 Stuben von der Marktgemeinde Bernstein um den vereinbarten Kaufpreis von EUR 25.000,00 angekauft werden sollen.

Zu TOP 15:

Bürgermeisterin:

Folgende neue Tarife sollen für die Betreuung in den Ferienzeiten beschlossen werden:

Osterferien: EUR 30,00/Woche

Sommerferien: EUR 30,00/Woche

EUR 120,00/Monat

Schulautonome Tage: EUR 26,40

Über Antrag der Bürgermeisterin beschließt der Gemeinderat einstimmig die oben angeführten Tarife für die Betreuung in den Ferienzeiten.

Die Tagesordnungspunkte Nr. 16, 17 und 18 sind nicht öffentlich. Die Zuhörer haben den Sitzungssaal verlassen.

Zu TOP 16:

Über diesen Tagesordnungspunkt wird eine gesonderte Niederschrift verfasst.

Zu TOP 17:

Über diesen Tagesordnungspunkt wird eine gesonderte Niederschrift verfasst.

Zu TOP 18:

Über diesen Tagesordnungspunkt wird eine gesonderte Niederschrift verfasst.

Die Zuhörer haben den Sitzungssaal wieder betreten.

Zu TOP 19:

Bürgermeisterin:

- Mit Schreiben vom 16.04.2020 wurde Herr HBM Manfred Kainz zum provisorischen Feuerwehrkommandanten von Dreihütten vom Bezirksfeuerwehrkommando Oberwart bestellt. Diese Betrauung endet spätestens mit dem Funktionsbeginn eines gewählten Feuerwehrkommandanten. Zwischenzeitlich hat es ein Gespräch gegeben, wie die Organisation der FF Dreihütten in Zukunft aussehen wird. Ich ersuche dich um eine kurze Information. GR Kainz Manfred: Der Ortsteil Dreihütten hat kein Feuerwehrkommando mehr. Das bedeutet keinen Kommandanten, keinen Stellvertreter, keinen Verwalter und keinen Kassier. Die Gespräche mit der FF Bernstein als Stützpunktwehr sind bereits sehr weit fortgeschritten. Eigentlich ist alles auf Schiene. Somit kann die FF Dreihütten als ausgelagerter Zug, sprich ein Zugskommando von Bernstein, weiter bestehen. Dieses Zugskommando besteht aus einem Kommandanten, 2 Gruppenkommandanten, 1 Verwalter. Ein Kassier kann namhaft gemacht werden, muss aber nicht. Das Budget für Dreihütten von der Gemeinde würde so weitergeführt werden, jedoch über Bernstein laufen. Der Jahresbedarf wird an den Kommandanten am Ende des Jahres gemeldet. Dreihütten wird künftig ein Teil von Bernstein sein. Der Beschluss dahingehend muss noch im Gemeinderat gefasst werden. Vorher muss allerdings noch die Risikoanalyse für die Großgemeinde durchgeführt und abgeschlossen werden. Diese wurde vom Land unterbrochen. Meines Wissens ist diese in Redlschlag noch ausstehend. Dreihütten ist fertig. Es muss dann ein Vertrag abgeschlossen werden, wo alles Organisatorische geklärt wird. Alle Rücklagen, die gesamte Ausrüstung sowie alle Anschaffungen bleiben auch weiterhin bei der FF Dreihütten. Nach der Zusammenführung wird auch das Finanzielle an die Stützpunktwehr übergehen. Aufgrund der Risikoanalyse muss Dreihütten 1 wasserführendes Fahrzeug haben. Denn innerhalb von den vorgeschriebenen 8 Minuten kann keine andere Wehr in Dreihütten vor Ort sein. Diese Vorgehensweise wird auch von Herrn Mag. Thomas Schindler, vom Bundesfeuerwehrverband, befürwortet. Sämtliche Veranstaltungen (Kirtag, etc.) wird die FF Dreihütten künftig nicht mehr abhalten können. Dies soll über einen Verein, der

noch gegründet werden soll, erfolgen. Der Grund ist der, weil dann der Kommandant von Bernstein die volle Verantwortung für solche Veranstaltungen hätte. Diese Verantwortung wird er nicht tragen. Und ich verstehe das auch.

- Tankstelle Stöckl, Rabatt auf Treibstoffe: Am 24.01.2020 habe ich schriftlich an die Fa. Tankstelle Stöckl um die Gewährung eines Rabatts auf unsere Treibstoffrechnungen ersucht. Im Jahr 2018 betragen die Treibstoffrechnungen immerhin EUR 22.352,30 und im Jahr 2019 EUR 19.666,98. Ihre Steuerberatung hat uns dann mit Schreiben vom 19.02.2020 darüber informiert, dass aufgrund der langjährigen guten Zusammenarbeit und der guten Zahlungsmoral der Marktgemeinde Bernstein unserem Wunsch auf Rabattierung nachgekommen werden kann. Der Preisnachlass ab März 2020 beträgt 2,5 €/Liter. Allerdings kann dieser Nachlass für kleinere Lieferscheinkunden (Feuerwehren) nicht gewährt werden, da die getrennte Führung der Kundenkonten mit einem höherem Verwaltungsaufwand verbunden ist. Außerdem hat Frau Stöckl diesen Kunden den für die Betankung an der Automatentankstelle notwendigen Chip (EUR 10,00) kostenlos überlassen. GR Baldauf Thomas: Man müsste Frau Stöckl auch fragen, ob es möglich wäre in Bernstein den normalen Dieseltreibstoff anzubieten. Denn dieser sogenannte Superdiesel ist um einiges teurer als bei anderen Tankstellen. Vizebürgermeister: Unsere Feuerwehren sind Teil der Gemeinde und diese Rechnungen werden von der Gemeinde bezahlt. Es sind zwar Feuerwehrfahrzeuge, jedoch ist die Gemeinde der Rechnungsadressat. Das kann nicht sein, dass es hier verschiedene Preise gibt. Amtsleiter: Sie könnte beispielsweise eine Sammelrechnung pro Monat ausstellen. Unsere Buchhaltung wird diese Sammelrechnung dann auf die einzelnen Kostenstellen aufteilen. Das stellt überhaupt kein Problem dar. GR Derkits Gerald: Ich schlage vor, dass man mit Frau Stöckl hier das Gespräch sucht und zu einer Lösung kommt. Aber die derzeitige wirtschaftliche Situation wird für sie auch nicht gerade leicht sein. Aber das muss ohnehin sie entscheiden. Ich bin auch nicht dafür, dass in Bernstein der billigere Diesel angeboten wird. Jene Personen, welche den teureren Diesel tanken wissen auch, dass man damit auch mehr km fahren kann. Und für den Motor ist dieser Diesel auch besser. GR Baldauf Thomas: Erwiesen ist das aber nicht. Bürgermeisterin: Ich werde mit Frau Stöckl noch einmal sprechen.
- Wanderstartplatz Bernstein: Ich habe diesen Punkt vorerst von der Tagesordnung genommen. Der Ortsausschuss hat sich für die abgespeckte Variante ausgesprochen. Die Errichtungskosten betragen nunmehr EUR 100.000,00. Das Budget wird dadurch nicht überschritten. Jeder kann gerne in die neuen Pläne Einsicht nehmen. In der nächsten GR-Sitzung würde ich dieses Projekt gerne beschließen. Mir ist nämlich wichtig, dass wir dadurch die heimische Wirtschaft stärken. Als Unternehmer ist es in diesen schwierigen Zeiten nicht einfach, dass man bestehen kann.
- GR Ing. Pertl Jasmin: Wie ist der Stand bei der Umsetzung der Straßenbezeichnungen? GR Katona Petra: Momentan hat sich alles etwas verzögert. Dreihütten und Redlschlag ist eigentlich fertig. In Rettenbach fehlen nur mehr die Hausnummern. Ich schätze, dass Mitte bis Ende Sommer alles umgestellt sein wird.
- GR Kainz Manfred: Ich ersuche, dass seitens der Gemeinde Druck beim Land gemacht wird, dass endlich die Risikoanalyse für die Feuerwehren in der Großgemeinde abgeschlossen wird. Vizebürgermeister: Nächstes Jahr finden wieder die Wahlen für die Feuerwehrkommandanten statt. Unser Kommandant hat bereits angekündigt, dass er im Falle einer Abwertung der FF Redlschlag für eine neuerliche Kandidatur nicht zur Verfügung steht. GR Kainz Manfred: Es geht hier um Kalteneck. Stuben und Kalteneck ist in der Klasse höher als Redlschlag. Allerdings wäre Redlschlag mit der Wasserbringung wesentlich schneller in Kalteneck als Stuben. Im Endeffekt entscheidet die Bürgermeisterin. Bürgermeisterin: Ich werde mit Herrn Clemenschitz umgehend Kontakt aufnehmen, damit diese Risikoanalyse endlich abgeschlossen

wird. Er muss sich aber alles vor Ort ansehen und nicht von Eisenstadt aus entscheiden. GR Fürst Adolf: Es geht schlussendlich um die Förderungen. GR Adelmann Herbert: Ich bin auch der Meinung, dass Herr Clemenschitz so schnell wie möglich nach Bernstein kommt und sich die Gegebenheiten vor Ort ansieht. Ich verstehe auch das Anliegen des Kommandanten von Redlschlag, dass die FF Redlschlag nicht abgestuft wird. Es geht hier auch um Wertschätzung.

GR Derkits Gerald:

- Im Namen der ÖVP-Fraktion darf ich die neu bestellten Gemeinderats- und Ausschussmitglieder der SPÖ-Fraktion recht herzlich in unserer Mitte begrüßen. Ich freue mich auf ein gemeinsames Miteinander für die Gemeinde Bernstein.

GR Baldauf Thomas:

- Dem kann ich mich nur anschließen. Auch wir, die SPÖ-Fraktion, möchten die neuen Mitglieder herzlich willkommen heißen.

GR Adelmann Herbert:

- Ich möchte nur darauf hinweisen, dass ich auf die Aussendung der FPÖ sicher reagieren werde. Ich werde heute nicht näher darauf eingehen. Aber das lasse ich mir sicher nicht gefallen, dass hier zwei saftige Lügen verbreitet werden. In der nächsten GR-Sitzung werde ich dazu Stellung nehmen.

GR Baldauf Thomas:

- Aufgrund der heute schon fortgeschrittenen Zeit, werde ich in der nächsten GR-Sitzung zum Thema „Breitbandinternet“ informieren.

Die nächste GR-Sitzung findet am Freitag, den 26. Juni 2020, um 18,00 Uhr statt.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt die Bürgermeisterin um 20,30 Uhr die Sitzung.

Unterschriften:

Die Bürgermeisterin:

Die Protokollbeglaubiger:

Der Schriftführer: